

Verbraucherinformationen nach §§ 5 und 7 FernFinG zum Nachrangdarlehensvertrag

Stand: 21.02.2022

1. Allgemeine Informationen

a. Firma und ladungsfähige Anschrift des Anbieters und Handelsregistereintragung (insbes. Handelsregisternummer) des Anbieters

IO HAWK Invest GmbH, Breuershofstraße 38, 47807 Krefeld, Deutschland, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Krefeld unter der Registernummer HRB 17679.

b. Gesetzliche Vertreter des Anbieters

Geschäftsführung der IO HAWK Invest GmbH:

Name	Geburtsdatum	Funktion	Vertretungsbefugnis
Sascha Arndt	geb. 14.04.1977	Geschäftsführer	einzelvertretungsberechtigt

Die Finnest GmbH, Schleifmühlgasse 6-8, Top 815, 1040 Wien, Österreich, gesetzlich vertreten durch den Geschäftsführer Günther Lindenlaub, fungiert als Finanzanlagenvermittler des vom Anbieter angebotenen Nachrangdarlehens.

c. Hauptgeschäftstätigkeit des Anbieters

Die Hauptgeschäftstätigkeit des Anbieters umfasst schwerpunktmäßig die Herstellung und den Vertrieb von e-Scootern für den Endverbraucher in Europa.

d. Für die Zulassung des Anbieters zuständige Aufsichtsbehörde

Die für die Zulassung des Anbieters zuständige Aufsichtsbehörde ist das Gewerbeamt Krefeld - Fachbereich Sicherheit und Ordnung - Gewerbeangelegenheiten, Am Hauptbahnhof 5, 47798 Krefeld, Deutschland.

2. Informationen zur Darlehensgewährung

a. Wesentliche Merkmale der angebotenen Finanzdienstleistung und spezifische Risiken

Die angebotene Finanzdienstleistung ist ein qualifiziert nachrangiges Darlehen als Veranlagung gemäß § 2 Alternativfinanzierungsgesetz (AltFG) (nachfolgend das "**Nachrangdarlehen**"), das zwischen dem Anleger als Darlehensgeber und dem Anbieter als Darlehensnehmer geschlossen wird.

Die Nachrangdarlehen haben eine feste Laufzeit und gewähren dem Darlehensgeber im Gegenzug für die Überlassung des Nachrangdarlehenskapitals durch den Darlehensgeber (im Folgenden „**Nachrangdarlehenskapital**“ genannt) einen vertraglichen Anspruch auf Zahlung einer jährlichen Verzinsung in Höhe des vereinbarten Festzinssatzes (im Folgenden „**Zins**“ genannt), der zu in dem Vertrag über die Gewährung eines Nachrangdarlehens (im Folgenden „**Nachrangdarlehensvertrag**“ genannt) bestimmten Terminen (im Folgenden jeweils „**Zinszahlungstermin**“ genannt) fällig ist. Die Zinsberechnung für die erste fällige Zinszahlung erfolgt auf Basis act/360. Die Zinsberechnung für alle weiteren fällig werdenden - Zinszahlungen erfolgt auf Basis von 30/360. Der Zins wird als Geldüberweisung geleistet.

Die Rückzahlung des von dem Darlehensgeber an den Darlehensnehmer zur Verfügung gestellten Betrages, dessen Höhe der Anleger bei Abschluss des Nachrangdarlehensvertrages innerhalb der Vorgaben des Anbieters zu bestimmen hat (im Folgenden „**Darlehensbetrag**“ genannt) ist zum jeweils im Nachrangdarlehensvertrag genannten Rückzahlungstermin fällig.

Die mit der Durchführung dieses Darlehensvertrages verbundenen Zahlungsdienste werden von einem Zahlungsdienstleister im Sinne des § 1 Abs. 1 des deutschen Zahlungsdienstenaufsichtsgesetzes (ZAG) erbracht, welcher von dem Darlehensnehmer beauftragt wird. Der Zahlungsdienstleister, secupay AG, Goethestraße 6, 01896 Pulsnitz, Deutschland (im Folgenden „**Zahlungsdienstleister**“), hat ein Konto im Auftrag des Darlehensnehmers eingerichtet. Die Rückzahlung des Darlehensbetrages und die Zahlung der in Form von Geldüberweisung vereinbarten Zinsen erfolgt derart, dass der Anbieter

gegenüber dem jeweiligen Anleger leistet, wobei die von dem Anbieter geschuldete Zins- und Rückzahlung über das bei dem Zahlungsdienstleister seitens des Anbieters geführte Treuhandkonto, auf das der Anbieter Zins und Tilgung zu überweisen hat, erfolgt. Von dem Treuhandkonto werden eingegangene Zahlungen von dem Zahlungsdienstleister anteilig an die Anleger - entsprechend der Höhe der dem Anleger gegenüber dem Anbieter zustehenden Ansprüche auf Zins- und Rückzahlung - weitergeleitet. Zur Weiterleitung der von dem Anbieter geleisteten Zins- und Rückzahlungen durch den Zahlungsdienstleister an den jeweiligen Anleger werden 10 Kalendertage benötigt. Der vorbenannte Zeitraum von 10 Kalendertagen wird bei der Verzinsung nicht berücksichtigt.

Der Darlehensnehmer kann den Darlehensvertrag jederzeit vor dem Ende der Laufzeit vorzeitig mit einmonatiger Kündigungsfrist schriftlich kündigen. Bei Wirksamwerden der vorzeitigen Kündigung sind der gesamte – noch nicht zurückgezahlte - Darlehensbetrag nebst bis dahin aufgelaufener – noch nicht gezahlter Verzinsung sofort zur Zahlung fällig. Ein Anspruch auf Zahlung einer Vorfälligkeitsentschädigung besteht nicht. Erfolgen die Zahlungen nicht fristgemäß, so ist der Zahlungsanspruch nach den gesetzlichen Verzugsvorschriften zu verzinsen.

Der qualifizierte Nachrang des Nachrangdarlehens bewirkt, dass die Geltendmachung sämtlicher Forderungen des Anlegers aus dem Nachrangdarlehen gegen den Anbieter (einschließlich der Forderungen auf Rückzahlung der Darlehensvaluta und auf Leistung des vertraglich vereinbarten Zinses) soweit und solange ausgeschlossen sind wie die Geltendmachung der Ansprüche einen Insolvenzgrund beim Anbieter herbeiführen würde. Zudem ordnet der qualifizierte Nachrang für den Fall der Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Anbieters oder der Liquidation des Unternehmens außerhalb eines Insolvenzverfahrens an, dass sämtliche Forderungen des Anlegers aus dem Nachrangdarlehen im Rang hinter die sonstigen bestehenden und künftigen Verbindlichkeiten des Anbieters zurücktreten, für die kein entsprechender Rangrücktritt gilt. Damit tritt der Anleger mit seinen Ansprüchen auch gegenüber Forderungen aus Gesellschafterdarlehen zurück, wenn für diese nicht ebenfalls ein qualifizierter Rangrücktritt vereinbart wurde. Damit dürfen die Forderungen des Anlegers erst nach Beseitigung des Insolvenzgrundes oder - im Fall der Liquidation oder Insolvenz des Anbieters - erst nach Befriedigung aller anderen Gläubiger des Anbieters erfüllt werden, deren Forderungen nicht als entsprechend nachrangig zu qualifizieren sind.

Dies gilt auch für den Fall, dass die Befriedigung der einzelnen Nachrangforderungen bei Fälligkeit für sich genommen zwar keinen Insolvenzgrund herbeiführen würde, aber die Zahlung an sämtliche nachrangigen Gläubiger einen Insolvenzgrund herbeiführen würde. Die vorinsolvenzliche Durchsetzungssperre sowie der vereinbarte qualifizierte Rangrücktritt führen dazu, dass das von dem Anleger eingesetzte Kapital den Charakter von Risikokapital erhält; sämtliche Nachrangforderungen können dauerhaft in ihrer Durchsetzung gesperrt sein.

Der Anleger trägt ein unternehmerisches Verlustrisiko, ohne dass ihm zugleich Informations- und Mitwirkungsrechte eingeräumt werden, die ihm einen Einfluss auf verlustbringende Geschäftstätigkeiten ermöglichen würden. Der Anleger trägt ein unternehmerisches Geschäftsrisiko, das über das ohnehin bestehende allgemeine Insolvenzausfallrisiko hinausgeht.

Der Anbieter könnte das von dem Anleger investierte Kapital vollständig aufbrauchen, solange noch die sonstigen Verbindlichkeiten übersteigende Vermögenswerte vorhanden sind und auch keine Zahlungsunfähigkeit droht oder eingetreten ist, ohne dass der Anbieter Insolvenzantrag stellen oder den Anleger auch nur von dem Verbrauch des Geldes in Kenntnis setzen müsste; der Anleger würde in diesem Fall sein Geld nicht zurückerhalten. Der Anleger ist damit im Vergleich zu Eigenkapitalgebern schlechter gestellt, weil diese regelmäßig über Informations- und Entscheidungsbefugnisse verfügen, aufgrund derer sie einen vollständigen Verbrauch des zur Verfügung gestellten Kapitals möglicherweise verhindern können.

Der Anleger trägt das Ausfallrisiko des Anbieters (Totalausfallrisiko). Der Anleger kann mit seinen Forderungen gegen den Emittenten / Anbieter je nach den wirtschaftlichen Verhältnissen des Anbieters bis hin zu einem Totalausfall ganz oder teilweise ausfallen. Anleger unterliegen insbesondere dem Risiko, dass die Insolvenz- oder Liquidationsmasse des Anbieters nach Befriedigung aller nicht entsprechend nachrangigen Verbindlichkeiten (insgesamt oder teilweise) aufgezehrt ist und dadurch Forderungen des Anlegers aus dem Nachrangdarlehen nicht oder nur teilweise beglichen werden können. Zinsleistungen und die Rückzahlung des Nachrangdarlehens erfolgen nur unter vorgenannten Voraussetzungen. An einem etwaigen Liquidationserlös des Anbieters ist der Anleger nicht beteiligt.

Individuell können dem Anleger zusätzliche Vermögensnachteile, z.B. aus einer etwaigen persönlichen Fremdfinanzierung, entstehen (beispielsweise wenn der Anleger das Kapital, das er in der Schwarmfinanzierung investieren möchte, über einen privaten Kredit bei einer Bank aufnimmt). Ein Ausfall der Rückzahlung bzw. Verzinsung des Nachrangdarlehens können dazu führen, dass der Anleger nicht in der Lage ist, die durch eine Fremdfinanzierung des Anlagekapitals entstehende Zins- und Tilgungslast zu tragen. Dies kann zur Privatinsolvenz des Anlegers führen.

Der Anleger erhält keine gesellschaftsrechtliche Beteiligung oder gesellschaftsrechtliche Mitbestimmungsrechte in Hinblick auf den Anbieter. Die Nachrangdarlehen sind nicht verbrieft. Sie können im Wege der Vertragsübernahme auf einen Dritten übertragen werden. Ein geregelter Zweitmarkt existiert nicht. Die Veranlagung ist damit nur eingeschränkt handelbar.

Der Anbieter beurteilt nicht, ob das Nachrangdarlehen den Anlagezielen des Anlegers entspricht, ob die hieraus erwachsenden Anlagerisiken für den Anleger dessen Anlagezielen entsprechend finanziell tragbar sind und ob der Anleger mit seinen Kenntnissen und Erfahrungen die hieraus erwachsenden Anlagerisiken verstehen kann.

b. Zustandekommen des Vertrages

Der Nachrangdarlehensvertrag entspricht dem auf <https://invesdor.at> (nachfolgend die "**Plattform**") im Datenraum des Anbieters zum Download bereitgestellten Vertragsdokument, welches nach Abschluss des Nachrangdarlehensvertrages um fehlende individuelle Angaben ergänzt wird.

Das Angebot zum Abschluss eines Nachrangdarlehensvertrages erfolgt durch den Anleger, indem er nach Registrierung und Login auf der Plattform innerhalb des dort vorgegebenen Zeitraums (nachfolgend die "**Bieterphase**") ein Darlehensgebot mit einem vom Anleger gewählten und innerhalb der Vorgaben des Anbieters sowie der gesetzlichen Schwellenwerte liegenden Darlehensbetrag und vom Anbieter festgesetzten Zins abgibt. Der Zeitraum der Bieterphase, während dessen die Abgabe von Darlehensgeboten auf der Plattform möglich ist, wird vor dem Beginn der Kampagne vom Anbieter festgelegt. Die Kampagne endet nach Ablauf des vorgenannten Zeitraumes. Sollte jedoch die Gesamtsumme der während der Bieterphase abgegebenen Nachrangdarlehensgebote den unter Teil B, Buchstabe a) des Informationsblattes beschriebenen Zielbetrag erreichen, endet die Kampagne vorzeitig. Nach Beginn der Bieterphase ist Finnest GmbH berechtigt im Einvernehmen mit dem Anbieter den festgelegten Zeitraum der Bieterphase einmalig auf bis zu weitere 90 Tage zu verlängern.

Nach Ablauf bzw. nach vorzeitiger Beendigung der Bieterphase übermittelt Finnest GmbH dem Anbieter die Angebote der beteiligten Anleger. Dem Anbieter steht es frei, Darlehensgebote von Anlegern abzulehnen.

Wenn der Anbieter das Angebot des Anlegers nicht im Einzelfall ablehnt, erfolgt die Annahme des Angebots des Anlegers auf Abschluss eines Nachrangdarlehens durch den Anbieter durch die Übermittlung einer Annahme-E-Mail an die vom Anleger bei Registrierung auf der Plattform bekanntgegebene E-Mail-Adresse. Mit Zugang der Annahme-E-Mail beim Anleger kommt das Nachrangdarlehen zustande (nachfolgend die "**Angebotsannahme**"). Eines gesonderten schriftlichen Vertragsschlusses bedarf es darüber hinaus nicht.

c. Gesamtpreis, Preisbestandteile, Steuern

Dem Anleger wird im Zusammenhang mit der Vermittlung eines Nachrangdarlehens und dessen Abwicklung keine Gebühr seitens Finnest GmbH und des Anbieters in Rechnung gestellt.

Einkünfte (Zinszahlungen sowie Sachleistungen wie Waren- / Service-Gutscheine) im Zusammenhang mit dem Darlehen unterliegen der Besteuerung. Von den Zinsen wird derzeit keine Kapitalertragsteuer einbehalten und an das Finanzamt abgeführt. Der Anleger hat daher – vorbehaltlich etwaiger Änderungen der Verwaltungspraxis (Finanzbehörden) oder gesetzlicher Änderungen - sämtliche Einkünfte aus und im Zusammenhang mit dem Darlehen in seiner Steuerklärung anzugeben und selbst zu versteuern.

Dem Anleger wird empfohlen, sich in eigener Verantwortung ggf. qualifiziert steuerlich beraten zu lassen. Etwaige Beratungskosten in diesem Zusammenhang sind vom Anleger über den vorgenannten Gesamtpreis hinaus zu tragen.

d. Mindestlaufzeit

Die Laufzeit des Nachrangdarlehens beginnt nach Ablauf von 14 Kalendertagen nach Angebotsannahme und endet am 21.07.2025.

e. Vertragliche Kündigungsbedingungen

Der Darlehensnehmer kann den Darlehensvertrag jederzeit vor dem Ende der Laufzeit vorzeitig mit einmonatiger Kündigungsfrist schriftlich kündigen. Bei Wirksamwerden der vorzeitigen Kündigung sind der gesamte – noch nicht zurückgezahlte - Darlehensbetrag nebst bis dahin aufgelaufener – noch nicht gezahlter Verzinsung sofort zur Zahlung fällig. Ein Anspruch auf Zahlung einer Vorfälligkeitsentschädigung besteht nicht.

Eine ordentliche Kündigung seitens des Anlegers während der Laufzeit des Nachrangdarlehens ist nicht zulässig. Das Recht zur außerordentlichen Kündigung des Nachrangdarlehens aus wichtigem Grund bleibt unberührt.

f. Einzelheiten der Zahlung und Erfüllung

Der seitens des Anlegers zu zahlende Darlehensbetrages muss **spätestens innerhalb einer Frist von 19 Kalendertagen gerechnet ab dem Tag der Angebotsannahme** auf das bei der secupay AG, Goethestraße 6, 01896 Pulsnitz, Deutschland, eingerichtete im Nachrangdarlehensvertrag angegebene Treuhandkonto eingehen. Die Vornahme der Zahlung des jeweiligen Darlehensbetrages seitens des jeweiligen Anlegers ist auf freiwilliger Basis auch vor einer etwaigen Annahme des entsprechenden Darlehensgebotes auf das im Nachrangdarlehensvertrag angegebene Treuhandkonto möglich. Die Durchführung der im Einzelfall nach Ermessen der Finnest GmbH erforderlichen geldwäscherechtlichen Identifizierung hat der Anleger **spätestens innerhalb einer Frist von 19 Kalendertagen gerechnet ab dem Tag der Angebotsannahme** vorzunehmen.

Der jeweilige Vertrag über das Nachrangdarlehen steht unter der auflösenden Bedingung, dass der Darlehensbetrag nicht spätestens innerhalb von 19 Kalendertagen ab dem Datum der Angebotsannahme seitens des Anbieters auf das bei der secupay AG, Pulsnitz, Deutschland, eingerichtete Treuhandkonto eingeht oder die im Einzelfall gesetzlich erforderliche geldwäscherechtliche Identifikation des Anlegers nicht spätestens innerhalb von 19 Kalendertagen ab dem Datum der Angebotsannahme erfolgreich durchgeführt wird. Im Fall des Eintritts der auflösenden Bedingung verliert der jeweilige Vertrag über das Nachrangdarlehen seine Wirksamkeit und wird rückabgewickelt. secupay AG ist von dem Darlehensnehmer beauftragt, bei Eintritt der auflösenden Bedingung einen bereits eingezahlten Darlehensbetrag unverzüglich ab Eintritt der auflösenden Bedingung an den Anleger zurückzuzahlen, jedoch werden bereits seitens der Anleger eingezahlte Darlehensbeträge nicht verzinst. Sollte der Darlehensbetrag des jeweiligen Anlegers vor einer etwaigen Annahme des entsprechenden Darlehensgebotes auf das im Nachrangdarlehensvertrag angegebene Treuhandkonto aufgrund einer auf freiwilliger Basis seitens des Anlegers geleisteten Zahlung eingehen und sollte der Anbieter nach Ablauf der Bieterphase das entsprechende Darlehensgebot nicht annehmen, wird der jeweilige Darlehensbetrag unverzüglich an den jeweiligen Anleger zurückgezahlt, jedoch wird der bereits seitens des jeweiligen Anlegers eingezahlte Darlehensbetrag nicht verzinst.

secupay AG ist vom Anbieter mit der Erbringung sämtlicher Zahlungsdienste (z.B. Rückzahlungen bei Widerruf, Zins- und Rückzahlungen an die Anleger) beauftragt worden. Der Anbieter ist verpflichtet, sämtliche Einzahlungen von Anlegern und sämtliche Auszahlungen an Anleger ausschließlich über das zu diesem Zwecke von secupay errichtete Treuhandkonto abzuwickeln.

Die Rückzahlung des Darlehensbetrages und die Zahlung der vereinbarten Zinsen erfolgt derart, dass der Anbieter gegenüber dem jeweiligen Anleger leistet, wobei die von dem Anbieter geschuldete Zins- und Rückzahlung über das bei dem Zahlungsdienstleister seitens des Anbieters geführte Treuhandkonto, auf das der Anbieter Zins und Tilgung zu überweisen hat, erfolgt. Von dem Treuhandkonto werden eingegangene Zahlungen von dem Zahlungsdienstleister anteilig an die Anleger - entsprechend der Höhe der dem Anleger gegenüber dem Anbieter zustehenden Ansprüche auf Zins- und Rückzahlung - weitergeleitet. Zur Weiterleitung der von dem Anbieter geleisteten Zins- und Rückzahlungen durch den Zahlungsdienstleister an den jeweiligen Anleger werden 10 Kalendertage benötigt. Der vorbenannte Zeitraum von 10 Kalendertagen wird bei der Verzinsung nicht berücksichtigt.

Finnest GmbH erlangt zu keinem Zeitpunkt Besitz oder Eigentum an den Darlehensbeträgen oder sonstigen Geldern von Anlegern und / oder Anbietern.

g. Anwendbares Recht, zuständiges Gericht

Der Nachrangdarlehensvertrag unterliegt österreichischem Recht. Gerichtsstand für sämtliche Rechtsstreitigkeiten aus und im Zusammenhang mit dem Nachrangdarlehen ist, soweit gesetzlich zulässig, der Sitz des Anbieters.

Der Anbieter legt der Aufnahme der vorvertraglichen Beziehungen zum Anleger vor Abschluss des Nachrangdarlehensvertrages die jeweils anwendbaren Regelungen des österreichischen Rechts zugrunde.

h. Vertrags- und Kommunikationssprache

Deutsch

i. Gültigkeitsdauer der Informationen / des Angebots

Diese Information gilt bis zur Mitteilung von Änderungen. Angebote auf Abschluss eines Nachrangdarlehensvertrages mit dem Anbieter können bis zum Ende der Bieterphase, das heißt bis zum einschließlich 12.04.2022 abgegeben werden.

Der Zeitraum der Bieterphase, während dessen die Abgabe von Darlehensgeboten auf der Plattform möglich ist, wird vor dem Beginn der Kampagne vom Anbieter festgelegt. Die Kampagne endet nach Ablauf des vorgenannten Zeitraumes. Sollte jedoch die Gesamtsumme der während der Bieterphase abgegebenen Nachrangdarlehensgebote den unter Teil B, Buchstabe a) des Informationsblattes beschriebenen Zielbetrag erreichen, endet die Kampagne vorzeitig. Nach Beginn der Bieterphase ist Finnest GmbH berechtigt im Einvernehmen mit dem Anbieter den festgelegten Zeitraum der Bieterphase einmalig auf bis zu weitere 90 Tage zu verlängern.

j. Außergerichtliche Streitbeilegung

Verbraucher können sich an die österreichische Verbraucherschlichtungsstelle wenden und diese kontaktieren. Sie ist erreichbar unter:

Schlichtung für Verbrauchergeschäfte

Mariahilfer Straße 103/1/18

1060 Wien

Tel.: +43 (0)1 890 63 11

Fax.: +43 (0)1 890 63 11 99

office@verbraucherschlichtung.at

www.verbraucherschlichtung.at

Die Zugangsvoraussetzungen sind auf der Website der Schlichtungsstelle unter www.verbraucherschlichtung.at ersichtlich.

Der Darlehensnehmer ist nicht verpflichtet, sich an einem solchen Schlichtungsverfahren zu beteiligen und ist dazu grundsätzlich auch nicht bereit.

k. Bestehen eines Garantiefonds oder anderer Entschädigungsregelungen

Es bestehen weder Garantiefonds noch andere Entschädigungsregelungen zur Absicherung der Forderungen des Anlegers aus dem Nachrangdarlehensvertrag.

l. Rücktrittsrecht

Dem Anleger steht ein Rücktrittsrecht gemäß § 8 FernFinG und § 4 Abs. 7 AltFG zu. Die Finnest GmbH fungiert hinsichtlich eines Rücktritts vom Nachrangdarlehensvertrag als Empfangsbotin im Auftrag des Darlehensnehmers.

Rücktrittsrechtsbelehrung

Rücktrittsrecht für Verbraucher gemäß § 8 FernFinG bei Vertragsabschluss im Fernabsatz

Sie können von dem Darlehensvertrag innerhalb von 14 Tagen ohne Angabe von Gründen mittels einer eindeutigen Erklärung zurücktreten. Die Frist beginnt nach Erhalt dieser Belehrung auf einem dauerhaften Datenträger, jedoch nicht vor Vertragsschluss und auch nicht vor Erfüllung unserer Informationspflichten gemäß §§ 5 und 7 FernFinG (für Verbraucher mit Wohnsitz in Österreich). Zur Wahrung der Rücktrittsfrist genügt die rechtzeitige Absendung des Rücktritts, wenn die Erklärung auf einem dauerhaften Datenträger (z. B. Brief, Telefax, E-Mail) erfolgt. Der Rücktritt ist zu richten an:

Finnest GmbH, Schleifmühlgasse 6-8, Top 815, 1040 Wien, Österreich, E-Mail: service@invesdor.at

Rücktrittsfolgen

Im Falle eines wirksamen Rücktritts sind die beiderseits empfangenen Leistungen zurückzugewähren. Sie sind zur Zahlung von Wertersatz für die bis zum Rücktritt erbrachte Dienstleistung verpflichtet, wenn Sie vor Abgabe Ihrer Vertragserklärung auf diese Rechtsfolge hingewiesen wurden und ausdrücklich zugestimmt haben, dass wir vor dem Ende der Rücktrittsfrist mit der Ausführung der Gegenleistung beginnen. Besteht eine Verpflichtung zur Zahlung von Wertersatz, kann dies dazu führen, dass Sie die vertraglichen Zahlungsverpflichtungen für den Zeitraum bis zum Rücktritt dennoch erfüllen müssen. Ihr Rücktrittsrecht erlischt vorzeitig, wenn der Vertrag von beiden Seiten auf Ihren ausdrücklichen Wunsch vollständig erfüllt ist, bevor Sie Ihr Rücktrittsrecht ausgeübt haben. Verpflichtungen zur Erstattung von Zahlungen müssen innerhalb von 30 Tagen erfüllt werden. Die Frist beginnt für Sie mit der Absendung Ihrer Rücktrittserklärung, für uns mit deren Empfang.

Besondere Hinweise

Beim Rücktritt vom diesem Vertrag sind Sie auch an einem mit diesem Vertrag zusammenhängenden Vertrag nicht mehr gebunden, wenn der zusammenhängende Vertrag eine Leistung betrifft, die von uns oder einem Dritten auf der Grundlage einer Vereinbarung zwischen uns und dem Dritten erbracht wird.

Ende der Rücktrittsbelehrung

Rücktrittsrecht nach § 4 Abs. 7 AltFG

Hat ein Darlehensgeber, der Verbraucher im Sinne des § 1 Abs. 1 Z 2 KSchG ist, nicht vor Abgabe seiner Vertragserklärung die geprüften Informationen gemäß § 4 Abs. 1 AltFG erhalten, kann er gemäß § 4 Abs. 7 AltFG vom Finanzanlagenvermittlungsvertrag oder von seinem Darlehensgebot zurücktreten. Das Rücktrittsrecht erlischt mit Ablauf von zwei Wochen nach dem Tag, an dem der Darlehensgeber die fehlenden Informationen erhalten hat und er über sein Rücktrittsrecht belehrt worden ist. Im Übrigen gelten für das Rücktrittsrecht des Verbrauchers die Bestimmungen des § 21 Abs. 3, 5 und 6 KMG 2019 sinngemäß.

Der Darlehensgeber kann seine Vertragserklärung innerhalb von 14 Tagen ohne Angabe von Gründen mittels einer eindeutigen Erklärung in Textform (z. B. Brief, Telefax, E-Mail) widerrufen. Die Frist beginnt mit Abschluss des Darlehensvertrages, wenn der Anleger einen deutlichen Hinweis auf das Widerrufsrecht erhalten hat, einschließlich Name und Anschrift desjenigen, gegenüber dem der Widerruf zu erklären ist; sonst beginnt die Widerrufsfrist zu dem Zeitpunkt, zu dem der Darlehensgeber einen solchen Hinweis in Textform erhält. Zur Wahrung der Widerrufsfrist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Der Rücktritt ist zu richten an: Finnest GmbH, Schleifmühlgasse 6-8, Top 815, 1040 Wien, Österreich, E-Mail: service@invesdor.at

Rücktrittsfolgen

Im Falle eines wirksamen Rücktritts sind die beiderseits empfangenen Leistungen unverzüglich zurückzugewähren. Für den Zeitraum zwischen der Auszahlung und der Rückzahlung des Anlagebetrags hat der Darlehensnehmer die vereinbarte Gegenleistung gegenüber dem Darlehensgeber zu erbringen.

Ende der Rücktrittsbelehrung